

Wahlprüfsteine des Landesjugendhilferates Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2021

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

Thema: Politische Partizipation von jungen Menschen

Der LJHR RLP nimmt alle Anliegen und Themen, die von Kindern und Jugendlichen aus stationären Einrichtungen formuliert werden, ernst. Er vertritt die Interessen der Kinder und Jugendlichen auf den verschiedenen politischen Ebenen.

- Wie möchten Sie unsere Interessenvertretung stärken und unterstützen? Wie würden Sie sie einbinden? Wie würden Sie sie weiterentwickeln?

Für uns als SPD gilt: Wir wollen ein Rheinland-Pfalz, das allen jungen Menschen Möglichkeiten und Perspektiven gibt – in dem junge Menschen als eigenständige, selbstbewusste und starke Akteurinnen und Akteure selbstverständlich unsere Gesellschaft mitgestalten. Wir wollen Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe begegnen, mit ihnen, statt über sie reden und sie noch stärker als Expertinnen und Experten ihrer eigenen Lebenswelt wahrnehmen. Gerade mit Blick auf die Kinder- und Jugendhilfe sehen wir, dass eine starke Interessenvertretung besonders wichtig ist und sind froh, dass der Landesjugendhilferat seine wertvolle Arbeit aufnehmen konnte! Wir wollen diese Struktur natürlich weiter in ihrer Selbstorganisation stärken, indem wir die bestehende Unterstützung fortführen. Wir sehen den Landesjugendhilferat als unseren natürlichen und zentralen Ansprechpartner, wenn es um die Belange der jungen Menschen in Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung geht, den wir eng und ernsthaft mit einbeziehen wollen.

- Welchen Stellenwert hat Partizipation in Ihren Augen? Sind Ihnen „meinungsschwache“ oder „meinungsstarke“ Bürger*innen wichtiger und warum?

Rheinland-Pfalz bleibt das Land des Zusammenhalts. Es wird geprägt durch die vielen engagierten Menschen. Und das ist gut so, denn Demokratie lebt von Partizipation. Wir sind auf die Mitwirkung jeder und jedes einzelnen angewiesen und begrüßen sie. Also, wenn es nach uns als SPD geht: Wir wollen und brauchen meinungsstarke Bürger*innen und wollen beste Bedingungen dafür schaffen, dass jede*r alle Möglichkeiten hat, sich einzubringen!

- Wie stehen Sie zur Beteiligung junger Menschen aus Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz?

Wir unterstreichen unser Statement zu den ersten beiden Fragen und ergänzen: Wir wollen, dass jeder und jedem, der es möchte, ein niedrigschwelliger Zugang zu gesellschaftlicher und politischer Beteiligung offensteht. Wir werden weiter daran arbeiten, dass alle dafür entscheidenden Strukturen – in Vereinen, in Parteien, in politischen Gremien – die nötige Offenheit leben und unterstützen sie dabei.

- Wie stehen Sie zu unserem Anliegen, darauf hinzuwirken, dass in allen Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz geeignete Beteiligungsgremien aufgebaut werden?

Diesem Anliegen stehen wir offen gegenüber. Es ist uns ein Anliegen, dass dem Thema Beteiligung in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Bereits heute werden daher in Einrichtungen im ganzen Land vielfältige Formen der Beteiligung umgesetzt. Darauf wollen wir weiter aufbauen und hoffen, bei der Umsetzung auf die Unterstützung und Expertise des LJHR zurückgreifen zu können.



- Welche Ansätze zur Beteiligung für junge Menschen aus Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung bietet Ihre Partei?

Die SPD steht allen offen, die sich beteiligen wollen – egal wie sein oder ihr Hintergrund ist! Wir bieten daher vielfältige Möglichkeiten, sich zu engagieren – als ordentliches SPD-Mitglied, SPD-Gastmitglied oder Unterstützerin oder Unterstützer einer bestimmten Arbeitsgemeinschaft. Unsere Geschäftsstellen im ganzen Land stehen als Ansprechpartner*innen zur Verfügung und beantworten alle Fragen.

Thema: SGB VIII-Reform

- Unterstützen sie die Senkung der Kostenheranziehung junger Menschen nach dem SGB VIII auf 0%?

Ganz klar: Wir als SPD Rheinland-Pfalz fordern die Absenkung der Kostenheranziehung auf 0 Prozent! Hierfür kämpfen wir im Landtag – wir haben einen Antrag dazu verabschiedet und ein Expert*innenanhörung durchgeführt – und bringen uns nach Kräften beim Bund im Zuge des gerade laufenden Reformprozesses des SGB VIII ein. Der SPD-Bundestagsfraktion ist es zu verdanken, dass der Gesetzesentwurf im aktuellen Stadium immerhin eine Absenkung des Kostenbeitrags von 75 auf 25 Prozent vorsieht – uns reicht das nicht. Der Beitrag ist ungerecht, ungerechtfertigt und leistungsfeindlich, er muss weg.

- Was denken Sie über die Reform des SGBVIII? Werden die Veränderungen in Ihrer Partei begrüßt? Welche Änderungen finden Sie sinnvoll, welche nachteilig?

Seit langem gibt es Versuche, die Kinder- und Jugendhilfe weiterzuentwickeln und zu modernisieren. Der von SPD-Bundesfamilienministerin Franziska Giffey vorgelegten Reformentwurf, der in den kommenden Monaten in Bundesrat und Bundestag diskutiert wird, setzt die richtigen Impulse hierfür. Er ist ein richtiger und wichtiger Schritt hin zu einer passgenaueren und inklusiveren Kinder- und Jugendhilfe. Die Weiterentwicklung des achten Sozialgesetzbuchs bringt an zahlreichen Stellen erhebliche Verbesserungen, etwa mit Blick auf Informationspflichten gegenüber Kindern und Jugendlichen oder im Bereich der Inklusion. Besonders begrüßen wir die verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Jugendämtern weiteren Akteuren im Kinderschutz, mehr Verbindlichkeit bei der Unterstützung von Careleavern sowie die bessere Begleitung von Pflegeeltern. Wichtig ist auch, dass die Zuständigkeiten für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen zukünftig unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe zusammengeführt werden sollen. Ein wichtiger Schritt zu Hilfen aus einem Guss. Wir sind gespannt auf das weitere Gesetzgebungsverfahren und werden es konstruktiv begleiten. Das wir beim Kostenbeitrag Nachbesserungen fordern, haben wir bereits deutlich gemacht.

- Inwieweit würden sie als Partei die Organisation Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe RLP e.V. unterstützen, dass diese ihre Arbeit erfüllen kann und den Klienten der Kinder- und Jugendhilfe in rechtlichen Fragen beiseite stehen können?

Wir sehen die Arbeit von Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe RLP e. V. als regionale ehrenamtlich organisierte Anlaufstelle grundsätzlich positiv. Seit 2017 verfügt Rheinland-Pfalz auch über eine offizielle zentrale Beschwerde- und Ombudsstelle in der Kinder- und Jugendhilfe bei der Bürgerbeauftragten Rheinland-Pfalz. Mit der Einrichtung dieser Stelle, die auf Basis des Koalitionsvertrages zwischen SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Jahre 2016-2021 stattfand, war Rheinland-Pfalz das zweite Bundesland, das über eine unabhängige Ombudsstelle verfügte. Die Stelle nimmt ihre Funktion landesweit nach wie vor als eine der wenigen in Deutschland hauptamtlich wahr und ist Rechtsberatung, Sprachrohr, Anlaufstelle, Interessenvertretung und wirkt als Lobby für Kinder- und Jugendrechte in den Hilfen zur Erziehung. Wir sind stolz auf diese Struktur in Rheinland-Pfalz und wollen sie weiter stärken und noch bekannter machen. Hierzu haben wir sie bereits finanziell besser ausgestattet und

werden diesen Weg weitergehen. Wo Synergien zwischen den Organisationen existieren, so ermutigen wir dazu, diese zu nutzen.

Thema: Corona und die stationären Einrichtungen

- In den Corona Verordnungen hört man immer wieder das Thema Soziale Einrichtungen und deren Status als systemrelevante Organisationen. Dabei werden unter anderem Kitas und Seniorenheime genannt, aber auch Bildungseinrichtungen. Dahingehend wird in keiner dieser Verordnungen die Kinder- und Jugendhilfe genannt. Wieso wird dieser Bereich nicht als „systemrelevant“ genannt. Was ist ihre Meinung dazu? Wie sollte man unsere Betreuenden und uns selbst schützen?

Die Corona-Pandemie stellt uns alle vor ungekannte Herausforderungen. Absolut jeder Bereich unseres privaten, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist betroffen – und dies über die Dauer eines ganzen Jahres und unter ständig wechselnden Bedingungen. Auf diese ständig wechselnden Bedingungen musste und muss die Politik reagieren und ihre Beschlüsse transparent und für alle nachvollziehbar so umzusetzen, dass sie die gewünschte Wirkung entfalten. Dabei muss es am Ende gelingen, alle mitzunehmen und möglichst vielen berechtigten Bedürfnissen gleichzeitig gerecht zu werden. Das gilt – und galt die ganze Zeit – auch für die Belange der Kinder- und Jugendhilfe, denn sie ist unabhängig von allen Verordnungen als wichtiges Element unseres sozialen Sicherungssystems natürlich „systemrelevant“. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass dem angemessen getragen wird.

- Wie erklären Sie den Kindern, Jugendliche und jungen Erwachsenen, dass ihre Besuchskontakte durch die Corona-Verordnungen eingeschränkt wurden?

Wir wissen, das ist ein schweres Thema. In der Tat mussten und müssen zum Schutz der jungen Menschen in den Einrichtungen und des Personals Besuchskontakte - soweit es geht - geringgehalten werden. Die Maßgabe ist sicherlich - wie in allen Bereichen - die Kontakte derzeit soweit es geht, zu reduzieren. Dennoch muss gerade im Hinblick auf die jungen Menschen in stationären Jugendhilfeeinrichtungen leben auch sorgfältig darauf geachtet werden, dass Beziehungen aufrechterhalten werden und Kontakte zu Familienangehörigen nicht leiden. Es ist also in jedem Fall ein schwieriges Abwägen – auch wir kennen hier keine einfache Lösung.

- Für Erzieher*innen in Kitas und Fachkräfte in Einrichtungen gibt es verschiedene Möglichkeiten für Schnelltests. Welchen Stellenwert messen Sie vergleichbarer Unterstützung in der stationären Kinder- und Jugendhilfe bei?

Wir finden, hier soll es keine unterschiedliche Behandlung geben und finden es gut, dass die Landesregierung das Testangebot zuletzt deutlich ausgeweitet hat. Lehrkräfte, erzieherische und sozialpädagogische Fachkräfte sowie das sonstige Personal in Schulen, Kindertagesstätten und den (teil)stationären Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz tragen durch ihre Tätigkeit maßgeblich dazu bei, dass das Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche auch während der Corona-Pandemie aufrechterhalten werden kann. Deshalb haben all diese Personengruppen seit dem 25. Januar 2021 bis zum 31. März 2021 bei Bedarf die Möglichkeit, sich auf freiwilliger Basis testen zu lassen. Wir wollen dafür sorgen, dass das Angebot an Tests auch über diesen Zeitraum hinaus bedarfsgerecht ausgestaltet wird.

- Auch ein wichtiges Thema, das gerade in der Zeit von Corona publik wird, ist das Thema Internet und Mobilität. Sehr viele Kinder, Jugendliche und Adoleszente besuchen zum aktuellen Zeitpunkt noch Bildungseinrichtungen. Diese sind im Zuge der Corona Bekämpfung nun erneut geschlossen wurden. Nun stehen die Klient*innen und Organisationen vor dem Problem, dass die technische Ausstattung in den Einrichtungen nicht ausreichend ist, dass jede*r Schüler*in am Distanzunterricht teilnehmen kann.

Dies kann auch dazu führen, dass der Schulabschluss nicht erreicht wird. Was werden Sie und wird Ihre Partei unternehmen, um diese Probleme zu minimieren?

Bildung darf keine Frage von Chancengerechtigkeit sein. Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule ist deshalb Leitgedanke sozialdemokratischer Politik in Rheinland-Pfalz. Deshalb wollen wir durch die Einführung der Lernmittelfreiheit „digiPLUS“ dafür sorgen, dass in jedem Rucksack ein Laptop für die Schülerinnen und Schüler ist. Darüber hinaus sorgen wir bis Ende des Jahres für WLAN an jeder Schule. Auch für eine schnelle Umsetzung des Digitalpakts über den Bund setzen wir uns ein, der schnelles Internet für Schülerinnen und Schüler vorsieht. Zudem statten wir die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten aus. Unser Ziel: Jedes Kind soll die gleichen Chancen und die notwendigen Mittel dafür erhalten, Bildung hängt nicht vom Geldbeutel der Eltern ab.

Thema: Jugendhilfe allgemein

- Was genau würden Sie für den Abbau von Vorurteilen in dem Bereich stationäre Kinder- und Jugendhilfe unternehmen und warum ist diesbezüglich bis jetzt so wenig geschehen?

Wir als SPD stellen uns entschlossen gegen jede Form von Ausgrenzung und halten diskriminierendem Verhalten unseren Entwurf einer inklusiven und offenen Gesellschaft entgegen. Der „Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ der Landesregierung eröffnet uns hierfür viele Möglichkeiten. Mit dessen Hilfe wollen wir im Schulterschluss zwischen Staat, Institutionen und der Zivilgesellschaft zukünftig noch wirkungsvollere Maßnahmen für ein diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz umsetzen, denn wir wollen, dass von Diskriminierungserfahrungen bedrohte und betroffene Menschen ihre Rechte kennen und darin unterstützt werden, gegen Diskriminierung vorzugehen. So wollen wir auch mit Vorurteilen konfrontierte junge Menschen aus der stationären Kinder- und Jugendhilfe unterstützen. Wir wissen, Vorurteile und ihre negativen Folgen halten sich länger als man es hinnehmen möchte. Wir werden hier auf keinen Fall nachlassen und hoffen auf die Unterstützung durch den LJHR.

- Natürlich gibt es auch in der Kinder- und Jugendhilfe Klient*innen, welche speziellere Unterstützung brauchen und auch manchmal den Rahmen üblicher Hilfesysteme sprengen. Diese werden sehr oft als „Systemsprenger“ bezeichnet. Wie möchte ihre Partei mit diesen sogenannten „Systemsprengern“ umgehen?

Das Schicksal der sogenannten „Systemsprenger“ treibt uns um. Der Austritt aus den Hilfen hat oft schwerwiegende Folgen die wir verhindern müssen. Wir wollen daher auch für diejenigen mehr Angebote entwickeln, die innerhalb der aktuellen Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe nicht zurechtkommen. Noch stehen die pädagogischen Konzepte relativ am Anfang, sodass es bis zu einem flächendeckenden Netz an Alternativen Unterstützungsangeboten noch einiger Arbeit bedarf. Wir wollen uns dieser Aufgabe verstärkt annehmen und hoffen, dabei auch den Austausch mit LJHR.

- Wie stehen Sie zu zur Initiative Zukunftsforum Heimerziehung (<https://zukunftsforumheimerziehung.de>) und den thematisierten Prozessen? Welche Impulse erhoffen Sie sich für die Zukunft der Heimerziehung?

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass im Rahmen des Zukunftsforums Heimerziehung internationale Expertinnen und Experten Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Heimerziehung diskutieren. Wir sind froh und dankbar, dass SPD-geführte Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend diesen offenen und sehr umfassenden Prozess ins Leben gerufen hat. Neben den schon auf Grund der Breite des Prozesses zu erwartenden fachlichen Impulsen aus den einzelnen Themenbereichen, erhoffen wir uns, dass das Thema Heimerziehung einer breiteren Öffentlichkeit ins Bewusstsein gerufen wird und so ein weiter in die Mitte unserer Gesellschaft rückt, wo es hingehört.